



**Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,**

zuerst wünsche ich Ihnen ein gutes neues Jahr, vor allem Gesundheit und Glück! Wir hoffen, dass unsere Welt ein wenig friedlicher wird als im letzten Jahr.

Der Wahltermin zur Bundestagswahl steht fest: gewählt wird am 24. September 2017. Für unsere Partei beginnt das Jahr mit guten Nachrichten. Unsere Umfragewerte liegen bei der aktuellen Sonntagsfrage bei 38 %. Dort fließen auch taktische Überlegungen und längerfristige Überzeugungen ein. Bei der politischen Stimmung, also ohne diese Faktoren, liegen die Umfragewerte für die Union bei 40 %. Auch die Beliebtheitswerte für unsere Parteivorsitzende, Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel sind auf einem Allzeithoch:

53 % der Bürgerinnen und Bürger wollen, dass Angela Merkel unsere Bundeskanzlerin bleibt und würden sich bei einer Wahl für sie entscheiden. Zuletzt erreichten ihre Beliebtheitswerte diese Höhe im Sommer 2015. Diese Zahlen sind eine gute Motivation und Ausgangsbasis für unsere Kandidatinnen und Kandidaten.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende!

Ihr

*H. Zertik*

**Bericht aus dem Innenausschuss am 18.01.2017**

Rede und Antwort stand uns in der letzten Sitzung des Innenausschusses unser Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière. Er berichtete detailliert zum Ablauf der tragischen Ereignisse am Berliner Breitscheidplatz. Es wurde deutlich, dass eine sehr unglückliche Verkettung von Umständen zu den schlimmen Ereignissen geführt hat. Zu viele Behörden und Sicherheitseinrichtungen waren mit dem Fall Anis Amri befasst, so dass er durch die wechselnden Aufenthalte immer wieder unter der Beobachtung unterschiedlicher Landesbehörden gestanden hat und letztendlich durch die Maschen der Behörden durchrutschen konnte.



Unser Ziel muss es daher sein, in dieser Legislaturperiode weiter an unserer Sicherheitsgesetzgebung zu arbeiten und Gesetze, die bereits im Sommer letzten Jahres entwickelt wurde, schnell durch den Bundestag zu bringen.

Dazu gehört die dringend überfällige Änderung des Aufenthaltsgesetzes, um straffällig gewordene und abgelehnte Antragsteller schneller ausweisen zu können. Dazu gehört auch die Möglichkeit, abgelehnte Antragsteller bei Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Haft nehmen zu können und ihn nicht nach drei Monaten wegen fehlender Papiere wieder auf freien Fuß setzen zu müssen. Dringend müsse auch die Schwelle für eine lückenlose Überwachung gelockert und dafür die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden. De Maizière erhofft sich davon auch eine Vorbildwirkung für die Gesetzgebung in den Ländern, die im Moment von unterschiedlich hohen Standards geprägt sei. Und dazu gehört nicht zuletzt eine Melde- oder Residenzpflicht, um zumindest grob über den Aufenthalt unterrichtet zu sein. Der Innenminister wies allerdings auf die Schwierigkeit hin, den Datenaustausch auf europäischer Ebene dringend zu verbessern und endlich die nordafrikanischen Staaten als sichere Herkunftstaaten anzuerkennen. Der Ansatz, an eine gute Kooperation mit Drittstaaten auch Zuwendungen für Entwicklungshilfe zu knüpfen, sei richtig und müsse konsequenter umgesetzt werden. Wir als Abgeordnete waren uns einig, dass diese Stoßrichtung richtig sei. Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland muss an oberster Stelle stehen.



**Bundespolitik für starke ländliche Räume.**

Rund 90 % der Fläche Deutschlands sind ländliche Räume. Dort leben die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger und der große Teil unserer mittelständisch geprägten Wirtschaft, schaffen „auf dem Land“ unseren Wohlstand. Die Union steht für starke ländliche Räume und arbeitet kontinuierlich daran, die Bedingungen für ihre Entwicklung zu verbessern. Für die Leistungsfähigkeit und eine Lebensqualität im ländlichen Raum brauchen wir gute Verkehrswege, schnelle Internetverbindungen und eine zukunftsorientierte Landwirtschaft. Wie wichtig eine gute Infrastruktur im umfassenden Sinne gerade für die Wirtschaft ist, hat der neue BDI-Präsident Prof. Kempf jüngst verdeutlicht: 2/3 der Arbeitsplätze befinden sich im ländlichen Raum. Wir müssen als Partei der ländlichen Räume dafür sorgen, dass dies so bleibt.



**HEINRICH ZERTIK**  
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

**CDU** Wir in Lippe



**Lipper zu Besuch bei Heinrich Zertik in Berlin**

Heinrich Zertik hat in dieser Woche eine lippische Besuchergruppe in Berlin begrüßt. Anlass der Reise war eine Informationsfahrt des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung in das politische Berlin.

Am ersten Tag besuchte die Gruppe das Stasigefängnis in Hohenschönhausen. Mitunter werden die Besucher der Gedenkstätte von Zeitzeugen durch die mittlerweile als Erinnerungsort für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft hergerichtete Gedenkstätte geführt. Die lippischen Besucher konnten bei der Führung die bedrückende Stimmung in den Haftzellen hautnah erleben.

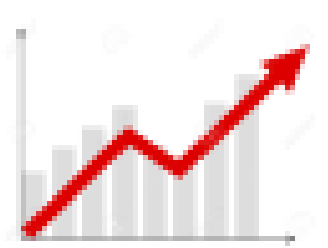


Im ehemaligem unterirdischen Lager- und Kühlraum einer Großküche, mussten Gefangene im Winter 1946/47 ein Zellengefängnis errichten. Weil in den dort Tag und Nacht Licht brannte, ständig das Geräusch der Belüftung hörbar war und die Häftlinge sich „abgetaucht“ fühlten, nannten sie das Gefängnis „U-Boot“.

Anschließend folgte eine Stadtrundfahrt unter politischen Gesichtspunkten mit dem Bus durch Berlin. Es standen unter anderem eine Besichtigung des sowjetischen Ehrenfriedhofes in Treptow wie auch der Berliner Mauer an der East Side Galerie auf dem Plan. Die Teilnehmer erfuhren während der Busfahrten einiges über die Geschichte Berlins. Natürlich durfte auch eine Fahrt durch das Diplomatenviertel nicht fehlen.

Am nächsten Tag stand der Besuch der jüdischen Synagoge an. Hier erhielten die Lipper viele Informationen über die jüdische Vergangenheit und das jüdische Leben in Berlin. Heinrich Zertik begrüßte die Besuchergruppe im Restaurant „Antica Lasagneria“ und stand seinen Gästen Rede und Antwort. Anschließend den Deutschen Bundestag und erfuhren viele interessante Details über die parlamentarische Arbeit. Ein Highlight war wie bei jedem Berlin-Besuch der Rundgang auf die Kuppel des Reichstagsgebäudes, der einen grandiosen Blick über den Tiergarten, die Siegessäule bis hin zum Kurfürstendamm in Richtung Westen und den Boulevard Unter den Linden, das Brandenburger Tor, den Berliner Dom bis hin zum Alexanderplatz in Richtung Osten bot.

Alle Teilnehmer waren sich einig, dass diese Fahrt sehr informativ gewesen ist und viel Spaß gemacht hat.



**Deutsches Wirtschaftswachstum auf Vierjahreshoch.**

Die deutsche Wirtschaft ist im vergangenen Jahr mit einem Plus von 1,9 % im Vergleich zum Vorjahr so stark gewachsen wie zuletzt im Jahr 2011.

Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, trugen vor allem die privaten Konsumausgaben mit einem preisbereinigten Zuwachs von 2,0 % zur positiven Entwicklung bei. Die staatlichen Konsumausgaben stiegen mit + 4,2 % sogar noch stärker an. Als weitere Stütze des deutschen Wirtschaftswachstums erwies sich die Investitionstätigkeit. Die Bauinvestitionen legten im Jahr 2016 um 3,1 % zu. Dies führte neben mehr Wohnraum auch zur Belebung des Bausectors, das gemeinsam mit allen anderen Wirtschaftsbereichen besonders positiv zur Bruttowertschöpfung beitrug. Die gute konjunkturelle Lage wirkte sich auch erfreulich auf den Arbeitsmarkt aus.



**Einbruchdiebstahl wirksam bekämpfen.**

Die CDU/CSU will, dass der Einbruchdiebstahl mit einer Mindeststrafe von einem Jahr bestraft wird und so die Einstellung von Verfahren schwerer wird.

Zudem sollen die Strafverfolgungsbehörden das Instrument der Telekommunikationsüberwachung zur Aufklärung dieser Straftaten einsetzen können. Dies sieht der bisherige Gesetzentwurf von Bundesminister Maas bisher nicht vor. Die CDU/CSU fordert nach wie vor von der SPD, ihren Widerstand gegen die Mindeststrafe von einem Jahr aufzugeben und wird darüber auch öffentlich diskutieren.